Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 71 (1993)
Heft: 1

Artikel: Wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag
Autor: Strahm, Rudolf H. / Ries, Akiko / Hänsenberger, Urs
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340987

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag

Gespräch mit SP-Nationalrat Rudolf H. Strahm

TK: Die Wirtschaft steckt in einer Krise; die Zahl der Arbeitslosen hat ein Jahrhundert-hoch erreicht. Hast du, Ruedi, persönlich den Eindruck, die SP oder die SP-Fraktion der Bundesversammlung habe ein Konzept, dieser Krise zu begegnen?

Strahm: Wir haben zumindest ein kurzfristiges Konzept, und zwar ein besseres als der Bundesrat und die Neoliberalen. Mit keynesianischen Beschäftigungsprogrammen und Investitionsanreizen, wie wir sie vorschlagen, könnten wir relativ rasch die Beschäftigungslage stützen und die Arbeitslosigkeit begrenzen. Wir schlagen vor, beim Wohnungsbau und dann vor allem im Energiebereich zu investieren. Das ist so oder so nötig, weil wir die Wirtschaft im ökologischen Sinn umbauen und die Energieeffizienz steigern müssen.

UH: Was ist längerfristig zu tun?

Strahm: Wir müssen vom Wachstum wegkommen. Bis heute ist es so, dass die Produktivität ständig zunimmt, und zwar unabhängig davon, ob es der Wirtschaft gut geht oder nicht. Pro Arbeitsstunde wird immer mehr produziert, weil aus Kostengründen ständig rationalisiert wird. Das kann aus ökologischen und sozialen Gründen auf die Dauer nicht gut gehen. Die Frage ist: Wie kommen wir vom Produktionswachstum weg, ohne immer mehr Leute arbeitslos zu machen? Wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag. Man diskutiert in der SP zwei verschiedene Modelle. Das eine ist das sogenannte Garantierte Mindesteinkommen (GME): Wer ein hohes Einkommen hat, zahlt Einkommenssteuer, wer unter der Grenze des Mindesteinkommens liegt, bekommt aus dem Steuerfonds Geld zurückbezahlt; es handelt sich also um eine Art Negativsteuer, die den Armen zufliesst.

UH: Die SP hat das GME auf eine sehr pragmatische Weise zurückgestutzt. Man spricht nicht mehr von der negativen Einkommenssteuer, sondern von einem Ausbau innerhalb des Systems der Ergänzungsleistungen.

Strahm: Richtig. Man ist sozusagen auf das alte System zurückgekommen, das es auszubauen gelte, also auf eine Art „AHV plus". Damit bleibt man im Prinzip im alten Gesellschaftsvertrag. Man will also keinen neuen Gesellschaftsvertrag, sondern den alten fortentwickeln. Vielleicht ist das realistisch. Jedenfalls ist es eine Strategie, um diejenigen, die aus dem Wirtschaftskreislauf hinausgedrängt werden, irgendwie zu entschädigen. Aber die Idee des garantierten Mindesteinkommens ist ursprünglich keine linke Idee; sie

Mit keynesianischen Beschäftigungsprogrammen könnten wir die Arbeitslosigkeit begrenzen.

Von der RR-Redaktion nahmen an dem Gespräch teil: Akiko Ries (AR), Urs Hänsenberger (UH), Tobias Kästli (TK).

kommt von den Neoklassikern. Milton Friedman hat sie stark in die Diskussion gebracht, und zwar mit dem Argument, ein GME sei die billigste und effizienteste Lösung, um der Privatwirtschaft die Freisetzung der Arbeitskräfte zu ermöglichen. Aber man kann das GME natürlich auch sozial begründen.

TK: Und das zweite Modell?

Wie kommen wir vom Produktionswachstum weg, ohne immer mehr Leute arbeitslos zu machen?

Strahm: Das zweite Modell ist dasjenige von André Gorz: Die Arbeitsorganisation soll so gestaltet werden, dass das vorhandene Arbeitsvolumen auf alle verteilt wird. Die einzelnen Lebensarbeitszeiten müssen dabei verkürzt werden. So hätten alle ein Einkommen, ohne dass es staatliche Transferleistungen wie beim GME brauchte.

TK: Könnte man nicht beide Modelle kombinieren?

Strahm: Nach meiner Einschätzung sind nicht beide Modelle gleichzeitig möglich, denn es braucht einen Gesellschaftsvertrag für das eine oder das andere Modell. Es ist ähnlich wie bei der AHV: Sie konnte nur verwirklicht werden, weil alle an diesem Modell teilnahmen, denn es spielt ja ein gewisser Ausgleich innerhalb der sozialen Hierarchie. Es braucht also einen verpflichtenden Gesellschaftsvertrag. Aber in der SPS ist noch nicht ausdiskutiert, für welches Modell wir uns entscheiden wollen.

AR: Beim GME schaut man vor allem auf die Frage, wie Einkommen in dieser Gesellschaft gerechter verteilt werden kann. Es handelt sich um eine ziemlich oberflächliche Form eines Gesellschaftsvertrags. Das andere Modell, die Umverteilung der Arbeit, geht mehr in die Tiefe, weil es nicht nur nach dem Einkommen, sondern auch nach der Arbeit fragt. Arbeit bietet eine bessere Möglichkeit der gesellschaftlichen Integration als das blosse Einkommen. Ich habe selber an der Ausarbeitung des GME-Modells mitgearbeitet, und bei der Vernehmlassung in der Partei fiel mir auf, dass Frauen die Sache anders ansehen als Männer, weil sie Arbeit anders, konkreter wahrnehmen. Meine Frage ist, ob wir in der SP eigentlich einen Arbeitsbegriff haben, der über den traditionellen, gewerkschaftlichen Arbeitsbegriff hinausgeht.

Strahm: Die SP ist in diesen Fragen doppelt belastet. Einmal haben wir eine starke gewerkschaftliche Tradition, und die Gewerkschaften wehren sich gegen eine Flexibilisierung der Arbeitszeit, weil damit die Tariftransparenz verlorengeht: Man kann

Keynesianismus:
Konjunkturpolitik nach den Rezepten des englischen Nationalökonomen John Maynard Keynes (1883—1946): In Zeiten der Hochkonjunktur soll die öffentliche Hand die Steuern erhöhen und finanzielle Reserven bilden, in Krisenzeiten soll sie diese Reserven abbauen, also mehr ausgeben, als sie einnimmt (deficit spending) und mit öffentlichen Aufträgen die Wirtschaft wieder ankurbeln. Diese Art der Konjunkturpolitik funktionierte in letzter Zeit nicht mehr, weil auch in Zeiten der Hochkonjunktur die Steuern gesenkt oder jedenfalls die Mehreinnahmen sofort wieder verteilt wurden. Bundesrat Otto Stich stellte kürzlich fest, eher würde sich ein Hund ein Wurstlager anlegen, als dass das schweizerische Parlament finanzielle Reserven bilden würde. Es gibt aber noch die umgekehrte Möglichkeit: Die öffentliche Hand verschuldet sich in schlechten Zeiten, und zwar mit der Verpflichtung, in guten Zeiten die Schulden zurückzuzahlen. Die Umstände zwingen meistens zu diesem Verhalten, auch wenn es nicht willentlich und planmässig angewandt wird.

nicht mehr so klar nach dem Schema der Gesamtarbeitsverträge die Kontrolle ausüben. Wir sind aber zweitens auch durch die politische Realität belastet. Wir sind in der Minderheit, aber wollen in diesem bürgerlichen Staat etwas durchsetzen.

***TK:** Gibt es nicht gegenwärtig in der Gewerkschaftspolitik einen Umbruch? Die Tarifpolitik ist in der Krise, und es wird vermehrt über eine sogenannte Industriepolitik nachgedacht, also eine viel umfassendere Art der Gewerkschaftspolitik, die ein anderes Verständnis von Arbeit voraussetzt.*

Strahm: Es gibt zweifellos hoffnungsvolle Ansätze, aber sie sind noch nicht in die Köpfe eingedrungen. — Aber zurück zu den beiden Modellen eines neuen Gesellschaftsvertrags: Wenn wir die Arbeit besser verteilen, machen wir eine bessere Verteilung der Primäreinkommen. Die bessere Umverteilung der Einkommen via gesetzlich vorgeschriebenes Mindesteinkommen wäre eine Neuverteilung der Sekundäreinkommen. Es ist eine Grundfrage, auf welcher Schiene wir fahren wollen. Ich sehe nicht, wie wir beides gleichzeitig durchziehen könnten.

***AR:** Mir scheint, in der politischen Realität fahre man schon auf zwei Schienen: Es gibt die sekundäre Umverteilung, indem das Fürsorgesystem teilweise in Richtung GME ausgebaut wird. Es gibt auch die primäre Umverteilung, allerdings eher im negativen Sinn: Im letzten Jahr hat man deutlich gesehen, dass die unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung bei Frauen stark zugenommen hat. Die Umverteilung der Arbeit läuft also auf Kosten der Frauen.*

Strahm: Es stimmt, dass man auf beiden Schienen fährt, aber es gibt keine Übereinkunft, keinen Gesellschaftsvertrag. Es gibt also keine allgemeine Verbindlichkeit eines Modells innerhalb der schweizerischen Volkswirtschaft. Deshalb kommt es zu einer Wurstelei, und ein Teil der Bevölkerung fällt immer noch ungeplant und unfreiwillig aus dem Erwerbsleben. Das Konzept der Existenzsicherung ist, mit Vorbehalten, bei der AHV einigermassen realisiert. Aber bei der Aktivbevölkerung haben wir es noch nicht. Wenn die heutigen 140'000 Arbeitslosen nach 300 Tagen ausgesteuert sein werden, dann halten auch die Fürsorgesysteme ihren Fall nicht mehr auf. Aber man wurstelt jetzt einfach mit der Arbeitslosenversicherung weiter.

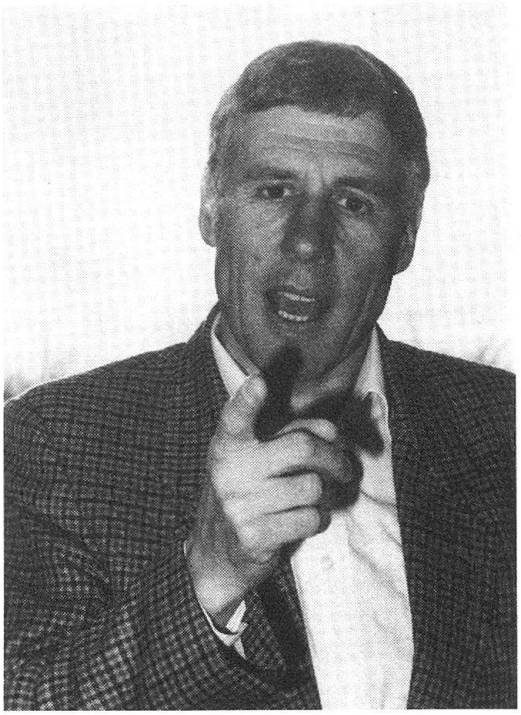
Wenn die heutigen 140'000 Arbeitslosen nach 300 Tagen ausgesteuert sein werden, dann halten auch die Fürsorgesysteme ihren Fall nicht mehr auf.

***TK:** Wie kommen wir zu einem neuen Gesellschaftsvertrag?*

Strahm: Wir brauchen einen Partner auf der Seite der Bürgerlichen, auf der Seite des Kapitals. Die Einsicht müsste auch auf jener Seite noch reifen. Vielleicht muss der Problemdruck noch grösser werden, vielleicht braucht es zuerst ein starkes Krisenbewusstsein. Es braucht aber auch das Gespräch. Die SP oder andere müssen einmal konkrete Modelle in den Raum stellen.

***TK:** Du sagtest vorhin, die SP sei durch die Realität belastet, sie wolle schliesslich im bürgerlichen Staat etwas erreichen. Was meintest du damit?*

Strahm: Die Frage, die am stärksten zur Kreativität herausfordert, ist die: Wie erreicht man eine gesellschaftliche Innovation? Die SP hat in der Schweiz immer aus einer Minderheitsposition heraus operiert und doch einiges erreicht. Wie war das möglich, und wie ist es in Zukunft möglich? Ich weiss auch keine präzise Antwort. Aber eines möchte ich sagen: Wenn die SP in Totalopposition geht, also in der Regierung nicht mehr vertreten ist, dann wird es kaum möglich sein, einen neuen Gesellschaftsvertrag zu erreichen. Dann ziehen die Bürgerlichen ihre neoliberalen Vorstellungen durch. Dann entsteht, wie in den



Rudolf H. Strahm ist SP-Nationalrat, Ökonom und Buchautor, Leiter der Kontaktstelle der Schweizerischen Umweltorganisationen, Präsident des Schweizerischen Mieterverbandes/ Deutschschweiz; er wohnt in Stuckishaus bei Bern.

USA unter Reagan und in England unter Thatcher, die Zweidrittelsgesellschaft, das heisst, ein Drittel der erwerbsfähigen Menschen hat keine Chance mehr, Arbeit zu finden, wird ausgegrenzt, verfällt der Armut. Dagegen müssen wir antreten. Wir müssen darauf beharren, dass es nicht in Frage kommt, einfach 200'000 oder 300'000 Arbeitslose in unserem Land zu akzeptieren. Für uns ist im Moment das Wichtigste, gegen die Laissez-faire-Mentalität der Neoliberalen anzutreten.

***UH:** Heisst das, dass wir defensiv politisieren müssen und Alternativstrategien auf dem Papier bleiben?*

Strahm: Machtmässig waren wir immer in einer Minderheitsposition. Ich persönlich fühle mich aber nicht in der Defensive. Ideologisch, weltanschaulich, normativ sind wir überhaupt nicht in der Defensive. Im Gegenteil: Die Reaganomics sind am Boden. In den USA fliegen die neoliberalen Wirtschaftsprofessoren zu Dutzenden von den Lehrstühlen. Bei uns allerdings kommen sie erst, fassen Fuss, und man füttert sie durch bis zur Pensionierung.

***TK:** Was du als SP-Wirtschaftspolitik angepriesen hast, ist Keynesianismus. Keynes war aber kein Sozialist, wir können ihn nicht einfach für uns in Anspruch nehmen. Andrerseits können wir nicht so tun, wie wenn das Ende des „real existierenden Sozialismus" uns nicht berühren würde. Bei aller Kritik war die Sozialdemokratie von ihrer Tradition her doch irgendwie an das staatswirtschaftliche Modell gebunden, das jetzt in den Oststaaten zusammengekracht ist.*

Strahm: Ich fühle mich trotzdem nicht in der Defensive, denn mein Ziel war nie eine Verstaatlichung des Kapitals wie in den Oststaaten. Ich stellte mir eine Arbeitsorganisation vor, die in Richtung Selbstverwaltung geht. Staatskapitalismus war nie mein Ziel. Für mich ist die Frage, wie der Staat in die Marktwirtschaft intervenieren soll; darum wird zwischen links und rechts gerungen.

***TK:** Du stellst die Kapitalakkumulation auf privater Basis nicht in Frage?*

Strahm: Ich stelle das schon lange nicht mehr in Frage. Allerdings müsste ich differenzieren, wenn es um den Boden geht oder wenn es um Energielenkung geht. Aber bei der Güterproduktion stelle ich das nicht in Frage.

***TK:** Aber du hast doch jetzt die Auffassung vertreten, eine Wachstumswirtschaft sei auf die Dauer nicht mehr möglich, weil sie an ökologische Grenzen stösst. Mit Kapitalismus, so wie ich diesen Begriff verstehe, ist notwendig Wachstum verbunden. Wenn du das Wachstum in Frage stellst, stellst du doch auch den Kapitalismus in Frage! In unserem Parteiprogramm ist übrigens immer noch die Überwindung des Kapitalismus postuliert.*

Strahm: Es gibt in der SP wahrscheinlich kein einheitliches Bild. Nach meinem Verständnis ist die Sozialisierung des Kapitals im Sinn einer Staatswirtschaft schon lange kein Ziel mehr, und ich habe das Parteiprogramm auch nie so verstanden. Ich war ja Mitredaktor des Parteiprogramms von 1982. Man legte vielleicht damals zu starkes Gewicht auf die sogenannte Neutralisierung des Kapitals; das war der schwache Punkt am Ganzen. Wenn es aber um die Frage der Selbstorganisation und der Selbstverwaltung der Arbeit geht, dann sehe ich in unserer heutigen Wirtschaftsorganisation zumindest Ansätze dazu. Zum Beispiel sind in der Schweiz in aller Stille innert zehn Jahren über 300'000 neue Arbeitsplätze in Ein- oder Zweipersonenfirmen entstanden — vom Massagesalon bis zum Computerspezialisten. Da ist eine Art von Selbstverwaltung aufgebaut worden.

AR: Man kann das so sehen; man kann es aber auch als negative Folge der Flexibilisierung ansehen.

Strahm: Natürlich handelt es sich dabei zum Teil nicht einfach um Selbstverwaltung im positiven Sinn, sondern auch um Selbstausbeutung. Ich will einfach sagen, dass es um Erwerbstätigkeit geht, die nicht dem klassischen Arbeitsschema der Gewerkschaften entspricht.

AR: Man könnte die neuen Selbständigen auch so interpretieren, dass bereits innerhalb des Arbeitsmarktes eine Zweidrittelsgesellschaft entsteht. Es gibt einerseits die gut abgesicherten Vollarbeitsstellen, beinahe Beamtenstellen, auf der andern Seite einen zudienenden Bereich, wo die Leute bei Bedarf beschäftigt werden und dann wieder hinausfallen.

Strahm: Da muss ich einfach zurückfragen, ob es wünschenswert wäre, dass man nur die Wahl hat zwischen einer Vollarbeitsstelle und voller Arbeitslosigkeit.

AR: Natürlich nicht. Es gibt durchaus eine positive Art der Flexibilisierung. Beispielsweise sollten Frauen eine andere Ausbildungs- und Arbeitsbiographie leben können. Das würde aber andere soziale und letztlich auch staatliche Rahmenbedingungen erfordern. Für mich stellt sich die Frage: Sind wir in der SP so weit, dass wir sagen, wir politisieren zwar noch in einzelnen Segmenten wie Arbeitsmarkt, Ökologie usw., aber die Bereiche, in denen es um Kapitalakkumulation im grossen Stil geht, lassen wir weg? Es geht heute um Grössenordnungen, die sich Marx nie hätte träumen lassen, um riesige Kapitalverschiebungen, Zinszahlungen, Umverteilungen, wobei die Reichen reicher und die Armen ärmer werden. Haben wir dazu nichts mehr zu sagen? Sollen wir uns mit der Haltung zufrieden geben, was hier passiere, werde der Markt schon regeln?

Strahm: Die Frage der eigentumsmässigen Verfügung über das Kapital steht für mich nicht im Vordergrund. Mich interessiert die Lenkung des Kapitals, die Investitionslenkung.

TK: Das ist doch identisch: Wer über das Kapital verfügt, lenkt die Investitionen!

Strahm: Ich will an einem Beispiel sagen, was ich meine: Im Energiebereich könnte man 60 bist 80 Mrd. Franken rentabel investieren. Das würde sich durch die Energieeinsparungen verzinsen. Wenn man die künftigen Energiepreissteigerungen in die Gegenwart diskontierte, wären noch viel grössere Investitionen rentabel. Man könnte die Häuser besser isolieren, die Heizungen sanieren, die Energieeffizienz erhöhen, Autos mit Sparmotoren bauen usw. Ich frage nicht, wie der Staat 60 oder 100 Mrd. Franken bezahlen kann,

Wenn die SP in Totalopposition geht, also in der Regierung nicht mehr vertreten ist, wird es kaum möglich sein, einen neuen Gesellschaftsvertrag zu erreichen.

Aus dem SPS-Programm von 1982:

Der Kapitalismus hat einen doppelten Charakter: - Private Verfügungsgewalt über das Kapital und private Aneignung des Gewinns. - Kapitalanhäufung und in der Folge ungezügeltes Wachstum.
Aus dieser doppelten Bedeutung ergibt sich folgende Strategie zur Überwindung des Kapitalismus: Überwindung des Kapitalismus heisst einerseits Überführung der privaten Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel unter die gesellschaftliche Kontrolle, durch Demokratisierung der Wirtschaft, durch Selbstverwaltung und demokratische Kontrolle von wirtschaftlicher Macht. Dazu gehört auch die schrittweise Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapital der Unternehmer, wobei die Kapitalanteile der individuellen Verfügung entzogen („neutralisiert") werden und im Unternehmen bleiben. - Überwindung der Wachstumszwänge des Kapitalismus erfordert die Überwindung von Fehlentwicklungen und die Lenkung durch demokratisch abgestützte Rahmenbedingungen der Öffentlichkeit.
Beides schliesst den Wettbewerb in Produktion und Verteilung nicht aus. Der Wettbewerb hat eine wichtige Steuerungsfunktion, die wir erhalten wollen.

Viele neue selbstverwaltete Betriebe – vom Massagesalon bis zum Computerspezialisten – sind aufgebaut worden, allerdings ohne Neutralisierung des Kapitals.

damit die Leute ihre Häuser isolieren, sondern ich frage, wie wir das private Kapital so lenken können, dass in den nächsten Jahren mindestens 60 Mrd. Franken für energiesparende Investitionen eingesetzt werden. Die Häuser usw. sollen privat bleiben, aber wir müssen die Investitionen richtig lenken. Dabei befürworte ich soviel Marktwirtschaft wie möglich. Es kann aber sein, dass wir nicht alle Ziele auf marktwirtschaftlichem Weg erreichen.

UH: Solche Lenkungskonzepte werden vor allem für nationale Volkswirtschaften entworfen. Mit der Globalisierung des Kapitals sind solche Regulierungen aber schwierig geworden.

Strahm: Sie werden schwieriger. Wenn es uns aber gelingt, die Investitionen so zu lenken, werden wir grosse Vorteile haben. Wenn man zum Beispiel in bezug auf das Erdöl Vollkostenrechnungen macht, externe Kosten mit einbezieht, also beispielsweise die ökologischen Kosten, die erst in Zukunft anfallen werden, dann muss man den Preis etwa verdoppeln. Nehmen wir an, im Jahr 2005 werde eine neue Ölkrise die Preise auf dieses Niveau hinauftreiben, dann werden wir dank unserer Energiesparinvestitionen von allen Ländern am besten dastehen. Es ist völlig kurzsichtig, wie die Reaganomics alles vom aktuellen betrieblichen Kostenstand aus zu beurteilen. Eine ökologische und auch soziale Wirtschaft kommt letztlich billiger zu stehen. Die teuerste Gesellschaft ist diejenige, in der beispielsweise die Städte so unwirtlich und so unsicher geworden sind, dass man in ihnen nicht mehr wohnen kann.

TK: Du hast dich früher stark in Drittweltfragen engagiert. Du verstandest dein Engagement immer sehr stark als Aufklärungsarbeit. Du wolltest Öffentlichkeit schaffen über weltwirtschaftliche Zusammenhänge. Die Theoretiker der sogenannten Zivilgesellschaft legen sehr viel Gewicht auf den Begriff der Öffentlichkeit. Sie gehen davon aus, dass öffentliches Handeln eine gewisse Legitimation braucht. Auch das weltwirtschaftliche Handeln des Kapitals braucht, wenn es öffentlich gemacht wird, eine Legitimation. Du hast mit deiner Aufklärungsarbeit versucht, Öffentlichkeit herzustellen und gleichzeitig auch die Legitimation für dieses Handeln zu untergraben. Siehst du das immer noch als mögliche Strategie?

Strahm: Ich sehe keine andere. Wir leben in einer Gesellschaft mit einer bürgerlichen Hegemonie. An den Hochschulen wird vor allem bürgerliche Ideologie verbreitet. Auch in den Gewerbeschulen beispielsweise wurden die Jugendlichen während Jahrzehnten in ein Wirtschaftsdenken eingeführt, das sehr einseitig von der Unternehmerseite geprägt war. Ich sehe unsere Hauptaufgabe immer noch darin, gegen die Hegemonie der bürgerlichen Ideologie anzukämpfen. Es braucht immer wieder Gegenkräfte, die vielleicht anfänglich als skurril erscheinen, die aber mit ihren Konzepten irgendwann hoffähig werden. Die Biofreaks waren die Vorspurer einer biologischen Landwirtschaft, die wahrscheinlich als einzige überlebensfähig sein wird. Die Gruppe um Professor Binswanger hat seinerzeit das Konzept der Lenkungsabgaben entwickelt, wurde deswegen belächelt, und jetzt, fünfzehn Jahre später, kommt Schmidheiniy und tut so, wie wenn er die Sache entdeckt hätte.

UH: Soll die SP wirklich so schwergewichtig auf die Lenkungsabgaben setzen und nicht auch auf Verbote und Gebote?

Strahm: Es wird argumentiert, Verbote und Gebote verursachten volkswirtschaftliche Kosten. Aber auch einen Markt zu schaffen, verursacht Kosten, nämlich sogenannte Transaktionskosten. Die Einführung eines Handels mit Emissionszertifikaten kostet etwas — abgesehen davon, dass der Handel mit den Emissionszertifikaten in den beiden Basler Halbkantonen, wo er eingeführt worden ist, bisher nicht funktioniert hat. In verschiedenen Bereichen kommt man mit klaren Vorschriften viel weiter. Man kann zum Beispiel bei den Autos Typenprüfungen vorschreiben, die den Benzinverbrauch senken. Grenzwertstrategien sind, auch wenn man marktwirtschaftlich denkt, wahrscheinlich oft effizienter als sogenannte marktwirtschaftliche Lenkungsinstrumente. Die SP hat sicher gut daran getan, die Lenkungsstrategien ein wenig zu adoptieren. Aber wir sollten die andern Strategien nicht vergessen.

TK: Wir sollten langsam zum Schluss kommen. Möchtest du, Ruedi, noch etwas beifügen?

Strahm: Mir ist jetzt, im Lauf des Gesprächs, etwas bewusst geworden: Wenn es um den ökologischen Umbau der Wirtschaft geht, dann können wir Sozialdemokraten relativ detaillierte und ausgereifte Konzepte vorlegen, die bis zur operationellen Stufe hinunterreichen, also bis zu dem Punkt, wo es um die konkrete Umsetzung geht. Wenn es aber um den sozialen Umbau und um soziale Konzepte geht, dann sind wir noch zwei Abstraktionsstufen höher. Wir haben noch nicht einmal die Grundentscheide gefällt. Die Frage ist, ob es noch keine sozialen Bewegungen gibt, wo solche Konzepte vorgespurt werden, so wie es seit fünfzehn Jahren eine Ökobewegung gibt.

Nicht die Frage der eigentumsmässigen Verfügung über das Kapital, sondern die Investitionslenkung steht im Vordergrund.

AR: Es gibt zum Beispiel eine feministische Bewegung, die seit zwanzig Jahren die Frage nach der Umverteilung der Arbeit stellt.

Strahm: Die feministische Bewegung hat wahrscheinlich diese Fragen am meisten vorangetrieben, aber wir sind da trotzdem noch wenig weit. In der Frage der sozialen Steuerung der Wirtschaft ist der Nachholbedarf grösser als im ökologischen Bereich.

AR: Das hängt doch damit zusammen, dass bei der Ökologie Kosten sichtbar werden. Im sozialen Bereich ist es dagegen so, dass über die Hälfte der Arbeit unsichtbar ist. Und auch in der SP redet man nur von sozialen Kosten und nicht von sozialer

Produktivität. Das ist auch ein Erbe. Ich bin nicht der Meinung, der ganze informelle Sektor müsse monetär entschädigt werden. Aber man muss die Gratisarbeit sichtbar machen, man muss ihren Nutzen sehen, man muss sie zu einem Teil der politischen Debatte machen.

TK: *Auch im ökologischen Bereich scheint es mir fraglich, ob alle Konsequenzen des heutigen Wirtschaftens sichtbar sind.*

Strahm: Das meine ich auch nicht. Aber es sind operationellere Konzepte da als im sozialen Bereich.

UH: *Ich glaube auch, dass es möglich ist, einen ökologischen Umbau der Wirtschaft durchzurechnen. Aber man kann die soziale Dimension nicht von der ökologischen abkoppeln. Mittel- und langfristig wird die Umwelt nur gerettet, wenn wir die sozialen Probleme in den Griff bekommen. Es gibt nur eine Lebenswelt. Wenn man global denkt, die dritte und vierte Welt einbezieht, dann wird klar, dass man den Ökokollaps allein mit ökonomischen Umbaumodellen nicht wird durchsetzen können.*

Strahm: Das ist richtig. — Es geht auch um ethische Fragen. In der Kommission „Schweiz morgen" haben wir über das Gesundheitswesen nachgedacht. Im Gesundheitsbereich ist technologisch sehr viel möglich. Man könnte zum Beispiel in Äthiopien massenhaft menschliche Herzen, Nieren usw. einkaufen, sie bei uns transplantieren und damit die durchschnittliche Lebensdauer unserer Bevölkerung noch einmal um zehn Jahre verlängern. Das wäre technisch möglich, wäre aber wahnsinnig teuer, und es wäre ethisch fragwürdig. Auf solche Fragen hat aber unsere Partei keine Antworten. Es geht um futuristische Dinge, die aber in nächster Zeit sehr aktuell werden könnten. Ich bin sicher, dass neben der Frage der Zweidrittelsgesellschaft solche ethischen Grundfragen für uns zentral werden.